

Der Beobachter

für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich M. 4.50
ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt
bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle
Brüderweg 1 und der Druderei Obergeraben 5/1

Samstag
18. Februar 1922

Anzeigen

finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die
einspaltige mm-Zeile kostet 30 Pfg., bei Mehr-
aufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

Nr. 7

Inhalt der Nummer:

Das Kabinett Wirth-Rathenau.
Reichskanzler Dr. Wirth über den Beamten-
streik.
Der Umfall der Regierung.
Bürger, helft euch selbst!
Späte Einsicht.
Das Mißtrauensvotum.
Wirtschaftliche Wochenübersicht.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Das Kabinett Wirth-Rathenau.

Durch die Ernennung des Herrn Dr. Rathenau zum Minister des Äußeren hat die Regierungspolitik, soweit sie bisher noch Privatangelegenheit des Herrn Dr. Rathenau war, ihren offiziellen Stempel erhalten. Der neue Minister des Auswärtigen ist während seiner vorübergehenden früheren Zugehörigkeit zur Regierung und auch nach seinem Austritt der führende Geist des Kabinetts Dr. Wirth gewesen. Diese Rolle hat Herr Dr. Rathenau in erster Linie spielen können, weil er die andern Kabinettsmitglieder an geistigen Fähigkeiten weit übertrifft und weil er eine persönlich beständige Art hat. Seinen Grundsätzen verdankt Dr. Rathenau den Einfluß ganz gewiß nicht, den er seit Monaten in beherrschendem Umfange auf die Führung der deutschen Politik ausgeübt hat. Denn Herr Dr. Rathenau hat in seinen grundsätzlichen Anschauungen eine ganz ungewöhnliche Wandlungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit an den Tag gelegt. Er war vor dem 10. Mai als Privatmann Gegner einer Annahme des Ultimatums und hat dann kurze Zeit darauf als Wiederaufbauminister die Unterwerfung der Regierung unter das Ultimatum mit tönenden Worten als rettende Tat und als realpolitisch das einzig richtige gepriesen. Herr Dr. Rathenau hat als Wiederaufbauminister ein Programm entwickelt, das auf das Vertrauen aller produktiven Kräfte Deutschlands aufgebaut war und er hat im Wiesbadener Abkommen eben diesen Kräften die denkbar schwersten Fesseln angelegt. Er hat weiter die ganze auswärtige Politik des Kabinetts Wirth mit dem übereifrigen Bestreben erfüllt, Frankreich zu Gefallen zu sein und die französische Regierung für eine bessere Behandlung Deutschlands zu gewinnen. Den Schlag, den die Berufung des Herrn Poincaré dieser Politik versetzte, hat Herr

Dr. Rathenau sehr rasch verwunden und sich mit einer bewundernswerten Geschicklichkeit und Bodenlosigkeit die Argumente zu eigen gemacht, die von den Gegnern des Ultimatums von Anfang an vertreten wurden und die sich in England in den letzten Monaten — und sicher nicht erst seit der Londoner Reise Rathenaus — Anerkennung verschafft haben. Was bis zur Konferenz von Genua der Kurs der Rathenauschen Politik sein wird, läßt sich unmöglich voraussagen. Wahrscheinlich aber hat bis dahin der Außenminister ein paar weitere Stappen seiner Wandlungsfähigkeit hinter sich gebracht.

Wenn man diese Dinge bei dem richtigen Licht betrachtet, so wirkt es beinahe komisch, daß Politiker, die sich in dieser Weise von den Ereignissen führen lassen, am liebsten in der Rolle weit ausschauender Staatsmänner glänzen möchten. Beschränkt man sie auf ihre wirklichen Verdienste, so kann man ganz gewiß nicht bestreiten, daß Herr Dr. Rathenau in den letzten Wochen ein großes Verhandlungsgeschick an den Tag gelegt hat. Man kann auch ruhig zugeben, daß er in Genua unsere Sache ebenso geschickt vertreten würde, vorausgesetzt, daß er durch die richtige Orientierung gelenkt wird. Zum führenden Mann der deutschen Außenpolitik aber gehört angesichts der entscheidungsschweren Aufgaben, die zu lösen sind, noch etwas mehr. Es gehört dazu auch nationale Grundsatzfestigkeit und von dieser unentbehrlichen Eigenschaft, die man in dem Kabinett Wirth so schmerzlich vermissen mußte, hat Herr Dr. Rathenau bisher kein Zeugnis abgelegt. Deshalb hätte man einer Ernennung dieses Mannes zum auswärtigen Minister immer mit großen Bedenken gegenüberstehen müssen. In der gegenwärtigen Lage aber ist seine Berufung ein Schlag, der alle in der letzten Zeit sorgsam gesammelten Fäden in Verwirrung bringt. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat das Steuerkompromiß stets als eine Angelegenheit betrachtet, die mit der völligen Erneuerung unserer Regierungspolitik innig verknüpft sein muß. Sie hat nicht umsonst von persönlichen und sachlichen Garantien gesprochen, sondern mit allem erdenklichem Nachdruck darauf bestanden, daß die Auferlegung der neuen Steuern und der Zwangsanleihe von dem ernsthaften Regierungswillen getragen sein müsse, in den deutschen Finanzen und in der inneren Wirtschaft Ordnung zu schaffen. Wenn eine Ergänzung oder Neubildung der Regierung erfolgte, so dürfte sie nur unter diesen Voraussetzungen vorgenommen werden und es war selbstverständlich, daß die Regierung dabei auch die Deutsche Volkspartei zu Rate ziehen mußte. Die Vertreter der Reichstagsfraktion der D. V. P. hatten oft genug erklärt, daß sie die

Verantwortung für die Verabschiedung des Steuerkompromißes nur tragen könnten, wenn ihnen auch die richtige Verwendung sichergestellt erscheint. Das hieße mit anderen Worten: Umbildung der Regierung unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei. Nur diese Hinzuziehung, nicht aber eine persönliche Mitbeteiligung ist gefordert worden.

Die Antwort des Reichskanzlers war die eigenmächtige Ernennung Dr. Rathenaus zum Minister des Äußeren. Sie muß um so mehr befremden, als Dr. Wirth ganz genau wußte, wie unannehmbar Dr. Rathenau der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in der Rolle des deutschen Außenministers ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß das Vorgehen des Herrn Dr. Wirth bestimmte Wirkungen ausüben muß. Er sowohl wie Herr Dr. Rathenau, der sich den Posten des Außenministers bis zum Termin des Dienstag Abend direkt ausbedungen hatte, haben den Forderungen, die die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei aufgestellt hatte, eine unverhüllte Absage erteilt. Sie haben der Fraktion zu verstehen gegeben, daß man das Steuerkompromiß zwar mit ihr machen könne, daß aber im übrigen die Kreise, die bisher die Regierungsgeschäfte besorgt haben, hübsch unter sich bleiben wollen. Eine politische Partei kann sich etwas Derartiges natürlich nicht zweimal sagen lassen. Aber darum handelt es sich nicht in erster Linie. Ob die Herren Dr. Wirth und Dr. Rathenau die Deutsche Volkspartei brüskieren wollen, ist keine Frage von wesentlicher Bedeutung. Wichtig aber ist, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nunmehr keine Sicherheit für die Erfüllung ihrer sachlichen Forderungen gegeben sieht. Und diese Erfüllung galt von vornherein als unentbehrliche Voraussetzung ihrer Zustimmung zu dem Steuerkompromiß. Damit ist diese Errungenschaft der letzten Tage bei der bevorstehenden Verabschiedung sehr stark gefährdet und eine Befestigung der Regierung auf breiterer Grundlage im Reich zu einer Unmöglichkeit gemacht. Das ist das Siegel, das das Kabinett Wirth-Rathenau der Lage aufdrückt.

Reichskanzler Dr. Wirth über den Beamtenstreik.

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.

Herr Dr. Wirth hatte am Donnerstag Nachmittag, als er die Regierungserklärung über den Beamtenstreik vortrug, eine sehr scharfe Opposition zu überstehen. Sie kam von der linken Seite des Hauses, wo die Unabhängigen und die

Kommunisten sahen, und wo sich die Abgeordneten Adolf Hoffmann und Roenen in trauter Gemeinschaft mit Ledebour möglichst viel Mühe gaben, die Ausführungen des Reichskanzlers zu unterbrechen. Man konnte schon diesen äußeren Tatsachen entnehmen, daß Herr Dr. Wirth mit seinen Ausführungen in der Hauptsache und fast ausschließlich das Mißfallen der Extremen auf der linken Seite erregte. Der Inhalt der Kanzlerrede macht das auch wohl verständlich, denn was Herr Dr. Wirth gegen den Beamtenstreik vorbrachte, war seiner ganzen Tendenz nach durchaus einwandfrei. Die Rede des Kanzlers war zu einem sehr großen Teil Wiederholung schon bekannter Tatsachen, namentlich soweit die Verhandlungen selbst und die Gehaltsbewegung in Betracht kamen. Nur an einigen Stellen setzte Herr Dr. Wirth der Rede sehr scharfe Lichter auf. Und es war kein Zweifel, daß sich davon namentlich die linke Seite geblendet fühlte. Der Reichskanzler bezeichnete die Arbeitsniederlegung der Lokomotivführer als eine Revolte in der Beamenschaft, nachdem er vorher festgestellt hatte, daß gerade diejenigen Schicht, auf die der Staat sich in schwerer Zeit am meisten verlassen mußte, schwer und freventlich gegen den Staat gesündigt habe. An einer anderen Stelle seiner Rede sprach Herr Dr. Wirth von der Kernfrage der ganzen Angelegenheit und hob dabei hervor, daß die Regierung nie und nimmer den öffentlich rechtlich angestellten Beamten ein Streikrecht gewähren könne. In Verbindung mit dieser Feststellung erläuterte er die verfassungsrechtliche Stellung der Beamten und stellte dabei ihren Pflichten die verfassungsmäßig garantierten Beamtenrechte gegenüber, worauf er nochmals den Schluß zog, daß bei einer derartig gesicherten Stellung eine einseitige Arbeitsniederlegung der Beamten zu nichts anderm als zu einer völligen Zerstörung der Beamenschaft führen könne. In allen diesen Punkten spendete der Reichstag ebenso lebhaften Beifall, wie die linke Seite des Hauses tobte.

Will man die Kabinettspolitik der letzten Tage richtig beurteilen, so wird man nicht nur die Kanzlerrede vom Donnerstag Nachmittag in Betracht ziehen müssen, sondern auch die Art, wie die Regierung den Streik zu Ende gebracht hat, und in dieser Beziehung kann man Herrn Dr. Wirth nicht ebenso zustimmend gegenüberstehen wie seinen Worten am Donnerstag. Es ist gar kein Geheimnis, daß die Haltung, die das Kabinett grundsätzlich einnimmt, eine Frage des Seins oder Nichtseins gegenüber der Entente ist. Nicht umsonst rief Herr Dr. Wirth den tobenden Unabhängigen und Kommunisten an einer Stelle seiner Rede zu, daß man auch bei dem besten Willen nicht daran vorbeigehen könne, die Eisenbahnen wirtschaftlich zu gestalten. Aus diesem Grunde, der dem Kabinett Wirth durch die Entente wiederholt begreiflich gemacht worden ist, muß die gegenwärtige Regierung den Standpunkt einnehmen, den Herr Dr. Wirth am Donnerstag in seiner Rede einwandfrei gekennzeichnet hat. Es fragt sich nur, ob die Art, wie er den Streik behandelt hat, diesen Worten entspricht, denn nur, wenn die Regierung in ihren Handlungen konsequent gewesen ist, kann sie erwarten, daß die Beamtenrevolte, wie Herr Dr. Wirth sich ausdrückte, nicht wiederkehrt und in diesem Punkt gibt die Tätigkeit gerade des Herrn Wirth zu großem Bedenken Anlaß. Es wird behauptet, daß die beiden Ressortminister Dr. Hermes und Groener im Kabinett übereinstimmend worden seien und daß Herr Dr. Wirth deshalb zum Schluß allein verhandelt habe. Reißt sich jedenfalls, daß der Reichskanzler mit eben denjenigen Beamten, denen er Revolte vorwirft, am Verhandlungstisch gesessen hat. Diese Tatsache wird auch bei der Kritik der Kanzlerrede eine Rolle spielen müssen, und weil die Regierung des Herrn Dr.

Wirth gegenüber den streikenden Beamten nicht charakterfest gewesen ist, wie er es nach seinen Worten am Donnerstag hätte sein müssen, wird man auch kein großes Vertrauen darauf haben können, daß der Streikrevol der Beamten die verdiente Sühne findet. So schön und so eindrucksvoll die Worte des Herrn Dr. Wirth am Donnerstag Nachmittag auch zuweilen klangen — man wird ihn trotzdem nach seinen Taten beurteilen müssen und diese Taten stößen kein Vertrauen ein.

Der Umfall der Regierung.

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.

Berlin, 9. Februar.

Herr Dr. Wirth hat die Beendigung des Bahnbeamtenstreiks durch Zugeständnisse erkauft, die eine beinahe reiflose Aufgabe der ursprünglichen Regierungsposition bedeuten. Am sinnfälligsten tritt diese Entwicklung darin zutage, daß bei den Schlussverhandlungen, die am Dienstag Abend in der Reichskanzlei geführt worden sind, auch der Streikführer Thieme, der eine Zeitlang wegen der Streikhege in Haft war, von Herrn Dr. Wirth zugelassen worden ist. Der ursprünglich so entschieden betonte Grundsatz, daß die Regierung mit den streikenden Beamten nicht verhandeln werde, ist also schließlich völlig verleugnet worden. Am bedenklichsten ist die Nachgiebigkeit der Regierung in der Frage der Disziplinierung pflichtvergeßener Beamten. Auch hier ist die Regierung — oder sagen wir besser: Herr Wirth — nach einigem Zögern umgefallen. Herr Groener hat noch vorgestern uneingeschränkte Vollmacht gehabt in seinem Amtsbereich gegen pflichtwidrige Beamte nach seinem Ermessen vorzugehen. Er hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er von dieser Vollmacht den Gebrauch machen werde, den die Wiederherstellung der Staatsautorität verlange. Namentlich die Unabhängigen haben gegen diese selbstverständliche Haltung sofort Sturm gelaufen. Und nicht ohne Erfolg. Denn in der Vereinbarung zwischen Herrn Dr. Wirth und der Streikwerkstatt ist Herrn Groener die Vollmacht zu disziplinarischem Vorgehen genommen und das Kabinett zur obersten Instanz in Strafsachen aus Anlaß des Streiks eingesetzt worden. Es wäre töricht, zu behaupten, daß das ja dasselbe sei. Tatsächlich verhält es sich doch so, daß die streikenden Eisenbahnbeamten Herrn Groener als ihrem obersten Vorgesetzten ihr Mißtrauen, Herrn Dr. Wirth dagegen ihr Vertrauen bekundet haben. Durch die Verlegung der Strafgewalt in die Hand des Kabinetts, d. h. des Herrn Dr. Wirth, muß sich Herr Groener eine Disqualifizierung als Vorgesetzter gefallen lassen, während die streikenden Beamten, denen in ihrer Gesamtheit sowieso Straffreiheit zugesichert ist, in der Nachgiebigkeit des Kabinetts die selbstverständliche Zusage erblicken, daß auch die Streikhege und Streikführer trotz der Einleitung des Strafverfahrens schließlich straffrei ausgehen werden. Dieser Ausgang bedeutet ganz zweifellos eine schwere Schwächung und eine starke Schwächung der Staatsautorität. Er muß auf die Dauer ein Anreiz zu neuen Streiks wirken und der Regierung wird künftig die Möglichkeit zu entschiedenem Auftreten von vornherein genommen sein, nachdem sie ihre anfangs so entschieden gehaltene Position völlig preisgegeben hat.

Hier zeigen sich schon die verhängnisvollen Folgen die der Umfall der Regierung unweigerlich nach sich ziehen muß. Es läßt sich noch nicht übersehen, ob die Gesamtheit des Kabinetts hinter den Zugeständnissen steht, die Herr Dr. Wirth gemacht hat. Nach dem ursprünglich so festen Auftreten des Herrn Groener kann man schwerlich annehmen, daß der Reichsobersterminister innerlich mit der Vereinbarung vom Dienstag Abend einverstanden ist. Herr Groener war ja auch bei den Schlussverhandlungen nicht mehr anwesend, sondern lediglich Herr Dr. Wirth. Auch Herr Dr. Hermes ist als Reichsfinanzminister in einer nicht sehr angenehmen Lage, da die Zugeständnisse, die in materieller Hinsicht den streikenden Beamten gemacht

worden sind, zum mindesten einen starken Druck auf seine finanziellen Maßnahmen ausüben müssen. Es scheint aber, als ob Herr Groener, wie auch früher schon, sich mit dem Lauf der Dinge abgefunden habe und als ob Herr Dr. Hermes zunächst einmal das Weitere abwarten wolle. Im Kabinett sind also politische Folgen zunächst wenig wahrscheinlich. In der allgemeinen inneren Politik aber wird die Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber dem Beamtenstreik ohne Zweifel eine tiefgehende Wirkung ausüben. Die Deutschnationalen sind nicht die einzigen, die an der Haltung der Regierung schärfste Kritik üben. Auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei verurteilt die Schwäche, die Herr Dr. Wirth dem Streik gegenüber an den Tag gelegt hat, auf das äußerste. Und wenn heute im Reichstag eine Sitzung stattfindet, so wird der Redner der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Herrn Dr. Wirth keinen Zweifel daran lassen, daß zwischen ihm und der Fraktion keine Fühlung mehr besteht. Die Frage der großen Koalition ist damit fürs erste im Reich aus jeder Diskussion ausgeschlossen, und die Entwicklung, die schon mit der Ernennung des Herrn Dr. Rathenau zum Minister des Äußeren einsetzte, endgültig besiegelt. Es ist für die Fraktion der Deutschen Volkspartei eine Unmöglichkeit, mit einem Reichskanzler zusammenzugehen, der in der Frage der Staatsautorität streikenden Beamten gegenüber eine derart schwächliche Haltung einnimmt und der den ersten Versuch eines großen Beamtenstreiks nicht ein für allemal erledigt, sondern ähnlichen Streikbewegungen Tür und Tor geöffnet hat. Wenn nach der Ernennung des Herrn Dr. Rathenau das Zustandekommen der Koalition immer noch eine offene Frage war, so ist jetzt durch das Verhalten der Regierung selbst die Antwort gegeben: Mit diesem Kabinett ist ein Zusammengehen der Deutschen Volkspartei ein Ding der Unmöglichkeit.

Herr Dr. Wirth wird sich damit zweifellos sehr leichtes Herzens abfinden. Denn trotz aller gegenteiligen Versicherungen ist bei ihm eine innere Hinnigung zu der sogenannten großen Koalition nicht vorhanden. Er spielt ganz offenkundig mit gewissen Führern der Sozialdemokratie ein abgekartetes Spiel. Und wenn Herr Loeb in dem sozialdemokratischen Breslauer Blatt jetzt wieder für die Koalition mit den Unabhängigen eintritt, so spricht er damit Herrn Wirth wahrscheinlich aus dem Herzen. Die Streikatmosphäre der letzten Wochen hat denn auch für eine solche Koalition eine günstigere Vorbedingung geschaffen als bisher. Aber wenn die Entwicklung nun diesen Weg nimmt, so wird man erst richtig erkennen, was der Umfall der Regierung dem Beamtenstreik gegenüber bedeutet. Denn dann geht der Kurs unaufhaltsam abwärts. Und wenn erst Herr Dr. Wirth mit Herrn Dr. Breitscheidt zusammen in der Regierung sitzt, dann wird die Staatsautorität bald in den letzten Zügen liegen.

Bürger, helft euch selbst!

Wenn mit Unterstützung aus den Nachbarländern und aus Rußland und mit Hilfe irregeleiteter deutscher Arbeiter der Bolschewismus eine letzte Kraftanstrengung macht, auch in Deutschland ans Ruder zu gelangen, wenn es zu einem ernststen und entscheidenden Ringen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum kommen soll, dann müssen sich die deutschen Bürger die Frage vorlegen, was ihre Aufgabe in der Not der Stunde ist. Leider ist die große Masse der Deutschen, namentlich fast das gesamte Bürgertum, von dem alten Polizeistaat in dem Sinne erzogen worden, alles der Regierung zu überlassen, auf Anordnungen von oben zu warten und im übrigen untätig die Hände in den Schoß zu legen. Das geht heute nicht mehr. Der deutsche Bürger muß es lernen, sich selbst seiner Haut zu wehren und das alte Gebot zu beachten: Hilf Dir selbst, dann wird Dir geholfen! Freilich, zunächst müssen wir von der Regierung im weitesten Sinne des Wortes, also von Reichsregierung, Landesregierung, Polizei und Magistrat unbedingt er-

warten, daß sie den Umsturzbestrebungen, die sich unter dem Deckmantel von Arbeiterforderungen ver-
hüllen, gegenüber absolut fest bleiben und sich durch
nichts abbringen lassen von dem unbeugsamen Ent-
schluß, die Autorität des Staates und der Behörden
zu wahren. Die regierenden Gewalten müssen sich
darüber klar sein, daß die Preisgabe der Autorität
des Staates die Preisgabe des Staatsdaseins selbst
bedeutet. Es geht also um Sein oder Nichtsein.

Die Regierung allein kann jedoch den Kampf nur
zu einem glücklichen Ende führen, wenn sie sich auf
die verständnisvolle und bereitwillige Unterstützung
des gesamten Bürgertums, mit Einschluß des Teiles
der Arbeiterschaft, der dem Irrwahn nicht verfallen
ist, verlassen kann. In England ist vor kurzem
ein großer, Wochen andauernder Streik der Kohlen-
gräber vollständig zusammengebrochen, weil Behör-
den und Publikum in vorbildlicher Weise zusammen-
gearbeitet haben, um den der Allgemeinheit erwach-
senden Gefahren zu begegnen. Das muß bei uns
ebenfalls geschehen. Es muß sofort für Berlin und
andere, ebenfalls von einem Generastreik bedrohten
Orte ein Hilfsnotdienst aus Freiwilligen organisiert
werden, der es in die Hand nimmt, unter Schutz von
Polizei und Reichswehr die Versorgung der Städte
mit Lebensmitteln und sonstigen Lebensbedürfnissen
zu bewerkstelligen. Es müssen sich kundige Leute fin-
den oder geschickte Leute angelehrt werden, um unter
Oberleitung der Technischen Nothilfe Wasser-, Licht-
und Kraftwerke in Gang zu halten, Straßenbahnen
zu befahren usw. Jeder einzelne deutsche Bürger
muß soviel Pflichtgefühl haben, um für sich selbst, für
seine Familie und für seine Mitmenschen das Äußerste
zu leisten. Wir sind gewohnt, zu organisieren. Also
organisieren wir die Nothilfe der Bürgerschaft. Es
gibt aber auch Abwehrmittel. Wenn ein streikender
Arbeiter, der seine Mitmenschen an Gesundheit, Leib
und Leben zu schädigen bereit ist, die Erfahrung
macht, daß ihm ebenfalls keine Lebensmittel verkauft
werden, daß ihm und den Seinen Arzt und Apotheker
die Hilfe versagen, dann wird er schnell zur Besin-
nung kommen.

Späte Einsicht.

In den Tagen, da Berlin im Zeichen eines
mehrfachen Streiks stand und schwere wirtschaft-
liche Schäden erlitt, da trotz schön klingender Re-
densarten über die Notwendigkeit der Aufrecht-
erhaltung der Staatsautorität überall an den
Straßenenden Berlins in offener Verhöhnung
eben dieser Staatsautorität Streikaufrufe prang-
ten, ohne daß sich die hohe Polizei darum küm-
merte — in diesen ereignissschwangeren Tagen
hat sich der Polizeipräsident der deutschen Reichs-
hauptstadt durch eine große Tat mit Ruhm be-
deckt. Er hat die Veranstaltung von Karnevals-
läufen und ähnlichen Festlichkeiten, von Nummen-
schanz und Narrenspiel mit Rücksicht auf den
Ernst der Zeit verboten. Dieses Verbot ist am
7. Februar ergangen, wo sich die Karnevalszeit
bereits heftig ihrem Ende nähert. Bisher
hatten trotz des Ernstes der Zeit alle möglichen
zweifelhaften und unzweifelhaften Strands, Böse
Buben-, Rose Mädchen-, Witwen- und sonstige
Bälle dieser Art stattfinden können. Die Ver-
gnügungspalsten der Zeitungen und die Litsch-
säulen strotzten von Anzeigen derartiger Ver-
gnügungen. Daß jetzt der Berliner Polizeiprä-
sident die Notwendigkeit erkannt hat, dem Unfug
ein Ende zu machen, zeugt von einer gewissen
Einsicht, aber leider kommt die Einsicht reichlich
spät. In Köln und anderen Städten des be-
sehten Gebietes, im ganzen Westen, sind solche
Verbote schon vor Neujahr ergangen, in der
richtigen Erkenntnis, daß es bei der heutigen
Lage des deutschen Volkes durchaus nicht an-
gebracht ist, geräuschvolle und lärmende Feste zu
feiern.

Der oberflächliche Beobachter muß allerdings
in den Großstädten Deutschlands, und namentlich

in Berlin, den Eindruck gewinnen, als ob sich das
ganze Volk einem Vergnügungsstau mel hingäbe,
der zu der Not unseres Volkes in schrillem Wider-
spruch steht. Man darf sich daher nicht wundern,
wenn im Ausland gänzlich falsche Ansichten über
die geistige Verfassung des deutschen Volkes vor-
handen sind und verbreitet werden, denn die vor-
übergehend hier weilenden Ausländer sind er-
klärlicherweise fast immer oberflächliche Beob-
achter. Und sie gerade werden am wenigsten
gewahrt, was wir alle wissen, daß nämlich gerade
die Ausländer weiblichen und vorwiegend männ-
lichen Geschlechts das Hauptkontingent dieses Ver-
gnügungsstau mel stellen. Der eigentliche Berliner
oder Deutsche arbeitet und geht zu solchen Sachen
höchstens einmal, wenn er aus geschäftlichen
Gründen Ausländer oder Kunden aus der Pro-
vinz begleiten zu müssen glaubt. Schon aus die-
sem Grunde wäre ein rechtzeitigeres Verbot des
Polizeipräsidenten wünschenswert gewesen. Aber
noch aus einem anderen Grunde hätte es früher
kommen sollen. Der Berliner Polizeipräsident
ist Sozialdemokrat. Als solcher hätte er vor
allen Dingen wissen müssen, wie aufreizend der-
artige Ankündigungen an Litschsäulen und in
den Zeitungen auf die Massen wirken, die im
Elend leben. Es ist eine durchaus richtige Rück-
sichtnahme auf sie, wenn man Schiebern, Kon-
junkturgewinnlern und ähnlichem Gesindel beider-
lei Geschlechts, sowie den Ausländern, die bei uns
ihr Geld verjubeln und verprassen, das Hand-
werk legt. Deutschland ist heute das Land ernste-
ster, angestrengtester Arbeit, und nicht der Jagd
nach Sinnestau mel.

Das Mißtrauensvotum.

Dadurch, daß der Reichskanzler am Sonn-
abend plötzlich das Verlangen stellte, eine klare
Lage zu schaffen und ihm ein Vertrauensvotum
auszustellen, ist unsere innerpolitische Entwid-
lung vor eine unerwartete Entscheidung gestellt
worden. Gerade seine Anhänger waren am
meisten von dem Schritt des Reichskanzlers über-
rascht, denn sie hatten bis dahin geglaubt, es
würde genügen, wenn die vier verschiedenen
Mißtrauensanträge der Reihe nach mit wechseln-
den Mehrheiten abgelehnt worden wären. Nun
hat sich die Lage so gestaltet, daß alle Parteien
gezwungen sind, ungewöhnlich Farbe zu bekennen.
Das wird in erster Linie für die Unabhängigen
und die Bayerische Volkspartei zutreffen, auf
deren Haltung man gespannt sein darf. Die
Unabhängigen haben selbst ein Mißtrauens-
votum beantragt. Wenn zuerst über das allge-
meine Vertrauensvotum abgestimmt wird,
können sie nicht gut dafür stimmen, zumal sie an
dem Verhalten des bürgerlichen Kabinetts in der
Streikfrage sehr scharfe Kritik geübt haben. Auf
der anderen Seite sind sie vor die unangenehme
Frage gestellt, ob sie Reichskanzler Wirth mit
seinem Kabinet, das ihnen im allgemeinen ganz
sympathisch ist, durch Ablehnung des Ver-
trauensvotums stürzen wollen. Vielleicht greifen
sie zu dem allerdings recht zweifelhaften Aus-
helfsmittel, daß sich ein erheblicher Teil von
ihnen vor der Abstimmung entfernt, um so viel-
leicht eine kleine Mehrheit gegen das Ver-
trauensvotum in eine kleine Mehrheit dafür zu
verwandeln. Die Bayerische Volkspartei könnte
eigentlich ebenfalls ihrer ganzen Zusammen-
setzung und ihrer Auffassung nach, namentlich als
Bayer, schwerlich für ein Vertrauensvotum
stimmen, das ausgerechnet Dr. Wirth an der
Spitze der deutschen Reichsregierung zu halten
bestimmt ist. Vielleicht darf man annehmen,
daß die Bayerische Volkspartei die Abstimmung
freigeben und daß eine kleine Minderheit von
ihnen sich bereit finden läßt, für das Vertrauens-
votum zu stimmen.

Zentrum, Mehrheitssozialisten und Demo-
kraten werden selbstverständlich Herrn Dr. Wirth
und seinem Kabinet ihr Vertrauen aussprechen.
Daß sie das mit großer Begeisterung tun werden,
ist freilich nicht zu erwarten. Es haben sich in
den letzten Tagen Dinge ereignet, die nicht ge-
eignet sind, das ohnehin nicht allzu starke Ver-

trauen in die staatsmännischen Fähigkeiten wie
in die Aufrichtigkeit des Herrn Reichskanzlers zu
stärken. Nun wird in der demokratischen und
Zentrums- und in der gemutmaßt über die
voraussichtliche Haltung der Fraktion der Deut-
schen Volkspartei. Es wird behauptet, es hätte
innerhalb der Fraktion ein hartes Ringen dar-
über gegeben, ob überhaupt ein Mißtrauens-
votum eingebracht werden, ob sich die Fraktion
ihrer Stimme enthalten oder ob sie sogar für
ein Vertrauensvotum stimmen solle. Es wird ihr
weiter in väterlich mahnendem Ton zugeredet,
wenn sie bei der am Sonnabend beschlossenen
Haltung dem Reichskanzler gegenüber beharre,
dann habe sie für absehbare Zeit das von ihr
selbst gewünschte Zustandekommen der großen
Koalition unmöglich gemacht. Natürlich ist da-
bei auch wieder von einem Kampf zwischen dem
sogenannten Stinnesflügel und dem Rest der
Fraktion die Rede. Alle Mühe und alles Liebes-
werben in dieser Richtung können sich die Herr-
schaften sparen. Zunächst sei festgestellt, daß
von einem Kampf innerhalb der Fraktion für
oder gegen Dr. Wirth überhaupt nicht die Rede
sein kann. Nach der ersten Rede des Reichs-
kanzlers über den Beamtenstreik hätte sich die
Fraktion an einem aktiven Vorgehen gegen ihn
nicht beteiligt. Nach der zweiten Rede jedoch,
die die erste völlig auf den Kopf gestellt hatte,
konnte es gar keine andere Wahl geben, als ein
Mißtrauensvotum, nicht gegen die Regierung,
sondern gegen die Person des Reichskanzlers,
einzubringen. Dieser Beschluß ist mit einer an-
Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit gefaßt wor-
den, woraus erhellt, daß von einer Spaltung
oder von einem Kampf zweier Flügel gegen-
einander sicherlich nicht gesprochen werden kann.
Die Fraktion wird bei ihrem Antrag beharren
und am Mittwoch geschlossen gegen das Ver-
trauensvotum und für ihr eigenes Mißtrauens-
votum stimmen. Damit dürfte ein für allemal
dem lörrichten Gerede der Boden entzogen sein.

Was nun die Frage der großen Koalition
anbelangt, so kann mit aller Deutlichkeit und Be-
stimmtheit gesagt werden, daß die Deutsche
Volkspartei, wie ja manniglich bekannt, das Zu-
standekommen der Koalition gewünscht und be-
fürwortet hat. Sie ist bereit gewesen, in die
Regierung einzutreten, und war in jeder Be-
ziehung dafür gerüstet. Nicht die Deutsche Volks-
partei hat die große Koalition zertrümmert, son-
dern der Herr Reichskanzler durch sein, gelinde
gesagt, unaufrechtes Verhalten. Er hat den
Vertretern der Deutschen Volkspartei von seiner
Absicht, Herrn Dr. Rathenau zum Minister des
Auswärtigen zu ernennen, Kenntnis gegeben
und ist von ihnen dreimal erjucht worden, mit
der Ernennung wenige Tage bis zur Umbildung
des Kabinetts zu warten, um sie als Teil der-
selben erscheinen zu lassen. Der Herr Reichs-
kanzler hat den Vertretern der Deutschen Volks-
partei an dem entscheidenden Nachmittage er-
klärt, Herr Dr. Rathenau bekände auf
seiner sofortigen Ernennung, die bis zum andern
Tage mittags 12 Uhr vollzogen sein müsse, wenn
man überhaupt auf ihn rechnen wolle; er — der
Reichskanzler — sei also in eine Zwangslage
versetzt und müsse die Ernennung sofort voll-
ziehen. Zu derselben Stunde, da die Erklärung
abgegeben wurde, hat Herr Dr. Rathenau einem
vertrauten Freunde und Amtsgenossen in der
Industrie mitgeteilt, er habe große Bedenken
gegen die Aussicht, Minister des Auswärtigen zu
werden, und müsse es sich noch reichlich überlegen,
ob er imstande sein werde, das Amt anzunehmen.
Eine halbe Stunde darauf erhielt er zu seinem
grenzenlosen Erstaunen die vollzogene Er-
nennung mit der Mitteilung, daß sie bereits der
Öffentlichkeit bekannt gegeben sei und Bedenken
nicht mehr geltend gemacht werden könnten.
Herr Dr. Rathenau hat seiner eigenen Angabe
nach den Reichskanzler vier Tage vor seiner Er-
nennung nicht gesehen und gesprochen. Ferner
wußte der Herr Reichskanzler, als er noch mit
den Führern der Deutschen Volkspartei über die
große Koalition verhandelte, daß die Mehrheits-
sozialisten nicht dazu bereit waren. Aus diesem
ganzen Verhalten des Reichskanzlers geht mit
vollster Deutlichkeit hervor, daß er selbst durch
allerlei Winkelzüge sein Möglichstes getan hat,
die Vertreter der Deutschen Volkspartei direkt
vor den Kopf zu stoßen und das Zustande-

kommen der Koalition zu verhindern. Wenn er offen bekannt hätte, daß er ein Gegner der großen Koalition sei, hätte man ihn als politischen Gegner achten und bekämpfen können. Wer sich solcher Mittel bedient, wie der Herr Reichszentraler, und wer an einem Tage in öffentlicher Rede ungefähr das Gegenteil von dem sagt, was er am Tage vorher ebenfalls in öffentlicher Rede erklärt hat, ist nicht der Mann, mit dem man zusammen eine Regierung bildet. Daher der Beschluß der Deutschen Volkspartei, ein Mißtrauensvotum gegen ihn persönlich einzubringen und gegen ein Vertrauensvotum zu stimmen.

Wirtschaftliche Wochenübersicht.

Von unserm volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Der Eisenbahnerstreik hat die deutsche Volkswirtschaft vor eine Katastrophe gestellt, die nur mit Mühe im letzten Augenblick auf dem Verhandlungswege verhindert werden konnte. Die Wunden, die der Kampf in den wenigen Tagen unserer Wirtschaft geschlagen hat, werden nicht schnell verheilen. Zwar hat in den Streiktagen der Markkurs eine auffallende Widerstandskraft bewiesen. Aber die indirekten Wirkungen der Teuerung, die durch den Streik wesentlich verschlimmert worden ist, können gar nicht ausschließen. Die wirtschaftliche Not der Beamtenschaft ist in allen Parteilagern anerkannt worden. Über welcher Widerstand liegt darin, daß man die Folgen des unerträglich harten antenpolitischen Druckes, der auf dem deutschen Volke liegt, durch einen Streik zu beseitigen hofft, durch den unermessliche Werte vernichtet, die deutsche Produktion und auch der deutsche Export in empfindlicher Weise gestört worden sind! Selbst der Sozialist Friedrich Stampfer mußte im „Vorwärts“ zugeben, daß nicht einmal die konfusesten Kommunisten noch glauben können, auf russischen Wegen zum Sozialismus zu gelangen. Auf diesem Wege erreiche man vielmehr nur die Zerstörung als Selbstzweck. Überhaupt hat der Sozialismus gerade in diesen Tagen den schlimmsten Zusammenbruch erlitten. Die Beamten, die den eigenen Staat bestreiten, die Gemeindeglieder, die ohne sachlichen Streifgrund der Allgemeinheit Licht, Heizung, Kraft und Wasser entziehen, zeigen auch dem Blindesten, wie falsch der sozialistische Glaube ist, daß man nur die privaten Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen brauche, um aus Egoisten gemeinnützig denkende und handelnde Menschen zu machen. Gerade das Gegenteil lehrt die Praxis. Tränenden Auges mußte ein so überzeugter Sozialist, wie der schon erwähnte Friedrich Stampfer, im „Vorwärts“ feststellen, daß sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten heute in gemeinwirtschaftlichen Betrieben viel leichter zum Streifen entschließen, als in privatwirtschaftlichen Betrieben, weil man in jenen mit geringeren Widerständen und Risiken rechnen zu können glaubt. Dieser Bankrott des Sozialismus, der nun auch den besten Köpfen der deutschen Sozialdemokratie klar zu werden beginnt, kann nicht ohne tiefgehende Wirkungen bleiben.

Der Kampf selbst hat den Streikenden keinerlei wirtschaftliche Vorteile gebracht, die ihnen nicht schon vorher von der Regierung zugesagt worden waren. Er ist abgebrochen worden, weil die Streikenden die Aussichtslosigkeit ihres Anrennens gegen die Lebensinteressen der Volksgemeinschaft und ihrer Mehrheit schließlich eingesehen begannen. Aber der Abbruch des Streiks gleicht doch mehr einem Waffenstillstand, als einem Friedensschluß. Vor allem bleiben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, aus denen heraus der Streik zustande kam, voll bestehen, und aus ihnen werden weitere Konflikte entstehen, die unser wirtschaftliches und soziales Leben im-

mer tiefer in den Abgrund führen müssen. Gibt es hier eine Hilfe, außer der Erleichterung der unerträglichen Lasten, die der Vertrag von Versailles unserer Volkswirtschaft auferlegt hat? Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat gerade in diesen Tagen die Einführung gleitender Lohnskalen, d. h. also die automatische Angleichung der Lohnsätze an die Kaufkraft des Geldes empfohlen. Er hofft dadurch die verderblichen Arbeitskämpfe beseitigen zu können. Er denkt dabei allerdings nur an die Angestellten und Arbeiter der Privatindustrie, nicht an die öffentlichen Beamten. Aber schon in der Privatindustrie würden solche gleitenden Löhne zu den allergrößten Schwierigkeiten führen, weil die Erträge der Produktion ja durchaus nicht allein von den inländischen Warenpreisen abhängig sind. Würde der Preis der Arbeitsleistungen in Deutschland höher steigen als die deutschen Waren im internationalen Wettbewerb vertragen können, ohne konkurrenzunfähig zu werden, so wäre eine umfangreiche Arbeitslosigkeit die Folge, wie sie jetzt z. B. England infolge der durch die hohe Valuta verteuerten Preise der Arbeit erlebt. Noch viel schwieriger liegen diese Dinge aber für die öffentlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter, weil Staat und Gemeinden nur sehr langsam ihre Einnahmen den Veränderungen des Geldwertes anpassen können, und zwar um so langsamer, je schlechter und langsamer die Steuerverwaltungen arbeiten. Gleitende Beamtengehälter erfordern gleitende Einnahmen des Staates und zu diesem ist trotz aller Bemühungen heute noch kein gangbarer Weg gefunden worden. Die Beamten müssen also einsehen, daß ihre Not eben die Not der Volksgemeinschaft, die Not unserer Wirtschaft ist, die von außen kommt und darum nur von außen her gemildert werden kann. Eine Beamtenschaft, die auf dem Wege der Gewalt für sich allein eine Besserung ihrer Lage von der Allgemeinheit und auf deren Kosten zu erpressen versucht, bringt nicht nur Staat und Wirtschaft zur völligen Auflösung, sondern vernichtet auch die Grundlagen des eigenen Standes und der eigenen Existenz.

„Den Finger drauf.“

Die Reaktion brütet . . . !

Der monarchistische Putz auf der Schiffsbade.

In allen Winkeln brütet Reaktion. In Königsberg machen die Mediziner Ludentorff zum Ehrendoktor. Im Wesertal beunruhigen in den Dorfwohnhäusern Kaiserbilder den republikanischen Seelenfrieden eines „Vorwärts“-Mannes. In Ostfriesland gibt es irgendwo noch ein „Kaiserl. Postamt“ und ein „Königl. Amtsgericht“. Am Jubeltage der famosen neuen Reichsverfassung muß der „Vorwärts“ weinend erzählen, daß die deutschen Republikaner nicht schlagen, und heftige Anklagen führen, weil nicht einmal alle Amtsgebäude eine Fahne heraushängen, nicht einmal die fluchwürdige blutbesudelte schwarz-weiß-rote, geschweige denn die schwarz-rot-goldene. Republikanische Empfindsamkeit muß Tränen vergießen, weil man Herrn Friß Ebert, wo er auftritt, nicht spontan als die feinste und höchste Blüte am Baume deutscher Menschheit estimiert, und die „Frankfurter Zeitung“ macht die Entdeckung, daß Meyers Historisch-geographischer Kalender am 11. August zwar den Sieg Theoderichs über Odoaker im Jahre 490 nach Christus und den Tod des Landwirts Sattiegast im Jahre 1908 (auch nach Christus) verzeichnet, aber noch nichts davon weiß, oder glaubt davon wissen zu wollen, daß an diesem 11. August auch Herr Preuß, der es immer schon besser gewußt hat als Bismarck, endgültig mit der neuen Reichsverfassung niedergekommen ist. Reaktion in allen Winkeln! Was Wunder, daß die

Gänseriche der Republik unruhig werden und manchmal auch um ein unbedrohtes Kapital schnattern. Sollte dieser Tage eine neues Schiff für die Hamburger Firma Hemsöth in Kiel vom Stapel gehen. Alles fix und fertig bis auf den Namen. „Wilhelm Hemsöth“, sollte er heißen, und schon war ein fleißiger Malersmann dabei, ihn in schönen Antiqua-Lettern aufzumalen. Schon hatte er ausdrucksvoll ein „Wilhelm II.“ auf die Schiffsbade gepinselt, als ihn die Zerpflücht vom Werk rief. Mit der Arbeit aber feierte nicht die Nachsamkeit des werktätigen wertschaffenden Volkes, der Männer mit der schwierigen Faust ob dem ungeschmälerten Bestand der Republik. Diese Nachsamkeit entdeckte das „Wilhelm II.“ auf der Schiffsbade und sofort stand das Kapitol unter Geschnatter. Welche monarchistische Freiheit!

Ein wilhelminischer Putz! Die Gegenrevolution auf der Schiffsbade! Was war gegen diesen „Wilhelm II.“ der „Tirpitz“ des Herrn Stinnes? Sollte darum Herr Scheidemann auf die Reichstagsrampe gehüpft sein und Herrn Ledebour seinen Novemberputsch wegeslamotiert haben, damit jetzt die Firma Hemsöth ausgerechnet hier in Kiel am Springquell der Revolution mit einem solchen monarchistischen Staatsstreik alles wieder in Frage stellte? Großes Hallo, Betriebsversammlung, Streikdrohung, Rat der Räte, jeder Rall ein Gänserich! Um keinen Preis darf das Schiff so vom Stapel laufen; um keinen Preis darf es die verhängnisvollen Buchstaben „Wilhelm II.“ über das Meer tragen. Alles im schönsten, gesinnungstüchtigsten Aufruhr. Streik in Sicht, Sympathiestreik, Generallstreik, vielleicht gar vom „Sprinaquell“ aus, nun endlich auch die berühmte „Wettertreibung“ der etwas versumpften Revolution. Da erscheint der biedere Malersmann wieder auf der Bühne, setzt den Pinsel an und macht aus dem „Wilhelm II.“ durch einen schlachten Querschnitt ein „Wilhelm H.“ und daraus weiterhin ein „Wilhelm Hemsöth“. Den Gänserichen bleibt der letzte Rettungsschrei im Halse stecken. Die Republik ist für diesmal ohne Blutvergießen, nur durch etwas Ölfarbe gerettet. Dennoch gebührt die republikanische Bürgerkrone den Männern, die beim ersten Verdacht, ja beim Verdacht des Verdachtes sich für die Republik erheben. Liegt nicht noch jetzt der Verdacht nahe, daß das Ganze doch vielleicht ein mit dem Maler abgekarteter Versuchsbalkon der Reaktion war? Allen Finsterlingen und Reaktionären, jeden falls allen Kappisten und Draufgänger, allen Gegenrevolutionären und Schwarz-weiß-roten möge die Geschichte zur Warnung dienen. Wo die giftigen Schlangen ihre Anschläge auch emporjüngeln mögen: der schlichte Republikaner ist auf der Hut, immer bereit, ihnen den Kopf zu zerbrechen und sich selber einmal mehr zu blamieren als einmal weniger.

*

Sozialdemokratische Überzeugungstreue.

Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Köster — jetzt Reichsminister des Innern — beglückte kürzlich das deutsche Volk mit einer geradezu jämmerlichen Broschüre: „Konnten wir im Herbst 1918 weiterkämpfen?“ Da an Schundliteratur aller Art kein Mangel ist, blieb nichts anderes übrig, als das Pamphlet gratis zu verteilen. Wir fragten damals, ob vielleicht die Zentrale für Heimatdienst bei dieser Verteilung die Hand im Spiele habe? Das ist nicht der Fall. War auch nicht nötig, weil die Reichsregierung selber im Rahmen ihrer Befugnisse die Verbreitung dieser Schrift gefördert hat, da sie geeignet ist, irrtümliche Vorstellungen zu beseitigen. So sagte wenigstens der Reichsminister des Innern auf eine Anfrage im Reichstag. Aber er sagte noch mehr: „Über die Form und den Umfang der Förderung dieser Schrift könne eine weitere Mitteilung nicht gemacht werden. Die Abrechnung sei Sache des Etats.“ Der geduldige — Untertan der deutschen Republik

wird sich damit abfinden müssen, daß die Regierung vielleicht demnächst den Schnitzerschen „Reigen“ in Massen im deutschen Volke vertreiben läßt, weil er geeignet ist, die irrige Vorstellung, das Theater sei eine Kultureinrichtung, zu zerstören.

Der Verfasser dieser merkwürdigen Broschüre, Herr Dr. Köster, ist ja inzwischen Reichsinnenminister geworden. Vielleicht macht er sich die Mühe, in einer neuen Broschüre darzulegen, wie es kam, daß der einstmalige patriotische Kriegsberichterstatte Dr. Adolf Köster, der während des Krieges sogar auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung Vorträge vor deutschen Arbeitern hielt, um die Siegeszuversicht zu stärken, sich so wandelte, daß er heute schon republikanische Leitfäden schreiben kann. — Diese Broschüre würde sicher geeignet sein, gewisse irrige Auffassungen, die die deutsche Arbeiterschaft über die Qualitäten ihrer Führer hat, grundlegend zu beseitigen!

Unabhängige als Anwälte des Vernichtungs-krieges.

Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, läßt in einem Leitartikel „von militärischer Seite“ das Buch des Obersten Bauer kritisieren. In dieser Kritik steht folgender vorwurfsvolle Satz: „Sie (die oberste Führung) hat durch ihre grundlegenden operativen und strategischen Irrtümer die Aussicht auf den Sieg, wenn sie bestanden haben, im Keim zerstört und die sich im Verlauf eines vierjährigen Krieges bietenden Gelegenheiten zur Zerstümmerung der gegnerischen Heereskräfte im Sinne Schlieffens nicht ausgenutzt.“

Die Unabhängigen als Anwälte des Krieges mit Rücksichtslos auf die Zerstümmerung (!) des Gegners gerichteten Mitteln — in der Tat eine bemerkenswerte Erscheinung in dem an Überraschungen so reichen parteipolitischen Leben Deutschlands!

Theorie und Praxis.

Nette Geschichten hört man vom „Vorwärts“, dem Zentralorgan der mehrheitssozialistischen Partei, das täglich von Amts wegen gegen Wucher- und Schiebertum wettet. In der Wochenzeitung „Der deutsche Obst- und Gemüsehändler“ lesen wir nämlich:

„Der „Vorwärts“, der sich so lebhaft über willkürliche Preisausschläge entbrüstet, hatte vor wenigen Tagen, als wegen der Aussperrung in den Zeitungsbetrieben keine einzige Berliner Zeitung außer „Vorwärts“ usw. erschien, nichts Eiligeres zu tun, als den Reilenpreis für Anzeigen von 6 Mark auf 10 Mark heraufzusetzen, natürlich nur für die Zeit seiner konkurrenzlosen Herrschaft auf dem Zeitungsmarkt. Da die Zeitung, ganz besonders unter diesen Umständen, ein Artikel des notwendigen Lebensbedarfs ist, wird die Wucherpolitik hier also Gelegenheit haben, gegen den „Vorwärts“ vorzugehen. Ein diesbezüglicher Strafantrag ist von uns bereits gestellt worden.“

In der Theorie sind die Sozialdemokraten uns über, aber die leidige Praxis!

Aus der Partei.

Schutz der Feiertage.

Die bekannten Vorgänge in Thüringen, wo sich die sozialdemokratisch-unabhängige Landesregierung selbstherrlich über die Reichsverfassung hinwegsetzt und die herkömmlichen Feiertage, namentlich das Reformationsfest, abgeschafft hat, haben die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veranlaßt, einen Gesekentwurf einzubringen, der folgenden Wortlaut hat:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Im Sinne des Artikels 129 der Reichsverfassung gelten als Feiertage, die als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung geschützt bleiben, die zurzeit des Inkrafttretens der

Reichsverfassung im Reiche und in den Ländern staatlich anerkannten Feiertage.

Die Aufhebung dieser Feiertage, der Landesfeiertage nach Zustimmung des betreffenden Landes, kann nur durch Reichsgesetz erfolgen.

Berlin, den 28. Januar 1922.

Dr. Stresemann und Fraktion.

Schutz den Handwerkern.

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Zindeisen, Dr. Beder (Hessen), Beythien und Havemann haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

„Infolge Steigerung der Löhne und Materialpreise in den letzten Monaten ist in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben eine außerordentlich starke Erhöhung des Betriebskapitals nötig geworden. Eine Weitersteigerung muß für die nächste Zeit befürchtet werden; sie trifft besonders schwer die kleinen Handwerksbetriebe und hier insbesondere die Bauhandwerker, die sich ohnedies nur notdürftig aufrecht erhalten können, in Zukunft aber zugrunde gehen müssen, da sie weder die nötige Verstärkung ihres Betriebskapitals vornehmen, noch auch nur die sich aus den gesteigerten Löhnen und Preisen ergebenden höheren Preise von den unter der Zwangswirtschaft leidenden Hausbesitzern usw. fordern können. Die Organisationen des Handwerks sind naturgemäß in erster Linie berufen, hier helfend einzugreifen. Da die Not aber eine allgemeine werden wird, sind sie kaum in der Lage, die dazu notwendigen Mittel aufzubringen.“

Wir fragen an:

1. Sind der Reichsregierung diese Verhältnisse bekannt?
2. Welche Wege glaubt sie einschlagen oder empfehlen zu können, um diesen Schwierigkeiten vorzubeugen, soweit sie aber bereits eingetreten sind, ihnen abzuwehren?



Siegen.

* Am Mittwoch, dem 1. Februar, nachmittags 2 Uhr, fand in der Bürgergesellschaft in Siegen eine Kreisvorsitzungsversammlung, die verhältnismäßig gut besucht war, statt. Nach Eröffnung der Sitzung und Begrüßung der Kreisvorsitzungsmitglieder durch den Vorsitzenden, Herrn Klingpor, erstattete Herr Geschäftsführer Nitsche den Geschäftsbericht über das abgelaufene Jahr. Daraus ging hervor, daß die Partei sowohl an neugegründeten Ortsgruppen, als auch an Mitgliedern erfreulicherweise zugenommen hat und daß diese Entwicklung noch nicht beendet ist. Sehr interessant war die berufliche Zugehörigkeit der einzelnen Mitglieder, aus der man erkennen konnte, daß alle Berufe und Schichten der Bevölkerung unter den Mitgliedern vertreten sind und die Deutsche Volkspartei den Namen Volkspartei mit Recht führt. Im Anschluß daran sprach Herr Klingpor über den Zusammenbruch der Erfüllungspolitik und die deutsche Wirtschaft. Aus seinen Ausführungen ging klar hervor, daß das deutsche Volk im eigentlichen Sinne nicht mehr ein wertschöpfendes, sondern ein werteverbrauchendes Volk ist. Unsere Ausfuhr geht zahlenmäßig von Monat zu Monat zurück, unsere gesamte Leistung beträgt nur noch 45 Prozent unserer Leistungen von 1913. Diese Erkenntnis zeigt, daß das deutsche Volk nicht das produziert, was es verbraucht, sondern daß es von der Vermögenssubstanz zum großen Teil lebt, die uns geblieben ist. Der Verlauf, den die deutsche Wirtschaft zeigt, muß überwunden werden. Es ist falsch, zu glauben, daß die neuen Ausichten für Absatz nach Rußland unsere gesamten Schwierigkeiten beseitigen könnten, und es muß vor allen Dingen gewarnt werden vor einer Überschätzung unseres Abzuges nach Rußland. Besser ging Redner auf die weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu den andern Ländern Frankreich, England und Amerika ein und zeigte, wie die politische Einstellung der Wirtschaftspolitik von großem Wert für uns sein könne, wenn wir uns von dem einen Zirkel befreien, zu glauben, daß es ihre Aufgabe wäre, für die deutsche Wirtschaft einzutreten. Dem deutschen Volke kann nur geholfen werden durch eigene Arbeit und Kraft.

Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen sprach Herr Generalsekretär Koefler über die politische Lage. Er wies vor allem darauf hin, daß die gesamte wirtschaftliche Lage Deutschlands abhängig ist von dem Friedensvertrag. Eine Tatsache, die wohl bekannt, aber in ihren Ausstrahlungen nicht erkannt wird. Verschlingt doch die Forderung unserer Feinde die Hälfte der Summe, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit erarbeitet. Was dann jedem einzelnen Deutschen übrig bleibt, genügt nicht, um sein Dasein zu fristen. Das deutsche Volk hat sich in seiner Gesamtheit auf diese Tatsache nicht eingestellt und lebt heute von dem Reste des aufgeseicherten Volkseinkommens oder von der Vermögenssubstanz, die uns geblieben ist. Aus dieser einen Tatsache geht wohl zur Genüge hervor, daß die Politik, die auf reißende „Erfüllung“ eingestellt ist, verlagert muß. Aus diesem Zustand kann uns nur eine Revision des Schmachtfriedens retten, die dem deutschen Volke nur solche Forderungen stellt, die erfüllbar sind. Deswegen hat jeder Deutsche die Pflicht, sich für eine Revision des Friedensvertrages ganz einzusetzen. Damit muß Hand in Hand eine Produktionssteigerung im Innern gehen. Wir müssen verstehen, wenn wir leben wollen, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln eine Produktionssteigerung herbeizuführen. Das deutsche Volk muß, da ihm ein Teil der Früchte seiner Arbeit durch den Friedensvertrag entzogen wird, durch angestrengte Arbeit so viel schaffen, daß es davon leben kann. Dazu gehört aber auch weitere größte Spararbeit im Verbrauch in allen Betrieben. Wir müssen wieder zur Erwerbswirtschaft zurückkehren. Das kann nur geschehen, wenn die Ausgaben des Staates ins Gleichgewicht gebracht werden mit seinen Einnahmen. Dieser Weg der Gesundung ist nun beschritten worden bei den letzten Steuervorlagen und der Zwangsanleihe, über die demnächst verhandelt werden soll. Es ist vielen Kreisen nicht bekannt, daß diese Zwangsanleihe zurückgeht auf einen Vorschlag des Abgeordneten Helfferich. Man mag über die Form und ihre Auswirkung denken wie man will, man wird die eine Tatsache anerkennen müssen, daß alle Kreise Opfer bringen müssen, um dem Staat in seiner Not zu helfen und die Finanzen zu ordnen. Der Abgeordnete Beder der Deutschen Volkspartei hat diese Anschauung in klarer Form vorgetragen und erklärt, daß die Deutsche Volkspartei bereit wäre, hier mitzuarbeiten, wenn sachliche und persönliche Garantien gegeben werden, daß diese Anleihe nicht auch in dem bodenlosen Riß der deutschen Finanzen verschwindet, sondern benutzt wird, dieselben in Ordnung zu bringen. Anschließend daran behandelte Redner noch weitere wirtschaftliche und Steuerfragen und zeigte in großen Zügen, wie die Deutsche Volkspartei bei der weiteren Entwicklung mitzuarbeiten gedenkt.

Im Anschluß an diese beiden Referate legte eine sehr lebhafte Aussprache ein, an der sich die Herren Schade, Hellmann, Schmitz, Klingpor usw. beteiligten. — Für die zum Teil verzögerten oder gestörten Mitglieder des Kreisvorstandes wurden Ersatzmänner gewählt, und zwar die Herren Jütterscheid, Beichter-Kreidenberg, Wagener-Miederwiesendörf, Schmidt-Eisern, Kolb-Langenau, Schattiger-Siegen, Nöh-Weidenau. Die Vertreter des Kreises Wittgenstein wollten demnächst auf dem Parteitag des Kreises Wittgenstein ihre Vertreter namhaft machen.

In einem kurzen Überblick wies Herr Geschäftsführer Nitsche noch auf die Entwicklung und den weiteren Ausbau des Beobachters hin und forderte auf, in diesem Sinne mitzuarbeiten. Am Schluß der Versammlung dankte Herr Klingpor den Anwesenden für ihre Mitarbeit und bei um Unterstützung bei der weiteren Arbeit in der Partei.

Weidenau.

* Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Weidenau der Deutschen Volkspartei wurde am 11. Februar, abends 8½ Uhr vom Vorsitzenden, D. Nöh, mit einem kurzen Überblick über den Verlauf des letzten Geschäftsjahres, in das das Wiedererleben der früheren Ortsgruppe der Nationalliberalen Partei fällt, eröffnet. Besonderen Dank stiftete er dem verdienstvollen Herrn Fritz Stähler und Dr. Nieblich, denen das Zustandekommen der Ortsgruppe vornehmlich zu danken ist, in warmen Worten ab. In besonderen Veranstaltungen sind im verflossenen Jahre zu verzeichnen: 2 öffentliche Versammlungen in der Waghelt und 2 Familienabende, deren erster als Bismarck-Gedächtnisfeier gedacht war. Herr Geschäftsführer Nitsche dankte im Namen des Kreisvorstandes für die geleistete Arbeit. Der Schriftführer erstattete alsdann den Geschäfts- und für den erkrankten Kassierer den Kassenbericht. Es wurde ihm Entlastung erteilt.

Im neuen Geschäftsjahr sollen nach Beschluß der Versammlung 12 M Jahresbeitrag erhoben werden, auschl. Beobachterabonnement. Der Beitrag hilft der Geldentwertung entsprechend und im Vergleich zu den Beiträgen, die besonders die Linksparteien erheben, in recht mäßigen Grenzen. In der

Bismarckhalle soll von unserer Seite in nächster Zeit eine Versammlung einberufen werden, in der einmal in ruhiger, sachlicher Weise die Grundzüge unserer Partei und ihre Verschiedenheit gegenüber den anderen Parteien aus berufenem Munde dargelegt werden.

Die politischen Abende sollen am kommenden Mittwoch, dem 15. 2. 1922, aufgenommen werden. Auch Mitglieder der Ortsgruppe Siegen sind willkommen. Die Abende finden im Hotel Patti statt.

Von der Gründung einer Frauengruppe mußte an diesem Abend Abstand genommen werden, da sich nur einige wenige Damen eingefunden hatten. Es werden in nächster Zeit an alle Damen der Ortsgruppe besondere Einladungen ergehen, sich an der Frauengruppe zu beteiligen. Für den Gründungsabend soll eine in der Führung von Frauengruppen bewanderte Dame gebeten werden. Die Führung der Jugendgruppe übernahmen die Herren Studienrat Maßsch und Rektor Bauer. Im Vereinslokal Patti soll neben dem „Beobachter“ auch „Die Zeit“ ausgelegt, außerdem eine Reihe anderer Zeitschriften und Bücher der Partei zum Kauf und zum Leihen bereit gehalten werden. Ebenso soll der Beobachter in den Lokalen, in denen die Mitglieder vorzugsweise verkehren, so weit er noch nicht gehalten wird, ausgelegt werden.

Die Ergänzungswahlen für die einzelnen Wahlbezirke innerhalb der Ortsgruppe wurden vertagt.

Eine lebhafte Aussprache, bei der eine Reihe vom Vorsitzenden eingebrachter Resolutionen, hielt die Versammlung bis zur vorgerückten Stunde zusammen. Die Entschlüsse betrafen kommunale Angelegenheiten (neues Spritzenhaus auf dem Schulhof der Friedrichschule, Pflasterung des sogenannten Rolandsweges u. a.) sowie allgemeine vaterländische Interessen (Grenzsperrung gegen die östl. Juden-Einwanderung, Zulassung der deutschen Krieger an die Entente-Gerichte) u. a. m. Dem Vorstand wurde für seine Mithilfe der Dank der Ortsgruppe sowie des Geschäftsführers des Kreisverbands, Nitsche, welcher

auch an diesem Abend die Ortsgruppe mit seiner Erfahrung in kankenswerter Weise unterstützte.

Die Mitglieder werden auch bei dieser Gelegenheit wiederholt um Unterstützung des „Beobachters“ durch Abonnements und durch Anzeigen gebeten.

Erst nach 12 Uhr schloß der Vorsitzende die ungemein anregend verlaufene Jahreshauptversammlung mit der Mahnung, an den Arbeiten des Vorstandes und der Partei im kommenden Geschäftsjahre durch Besuch der Versammlungen und Veranstaltungen regen Anteil zu nehmen.

In einer der kommenden Versammlungen wird Herr Wegz einen Vortrag halten über seine Eindrücke in der Kriegsgefangenschaft. Der Redner stand als Offizier in österreichischen Diensten und ist erst 1920 zurückgekehrt. Es ist zu wünschen, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird.

Geisweid.

Die Versammlung am 2. Februar 1922 wurde um 8.30 Uhr von unserem Vorsitzenden, Herrn Winkler, eröffnet. Nachdem er die erschienenen Mitglieder begrüßt hatte, erteilte er dem Geschäftsführer des Kreisverbands, Herrn Nitsche-Siegen, das Wort.

Herr Nitsche führte etwa folgendes aus: Wenn jemand die Politik der Volkspartei im Reichstag in der letzten Zeit oberflächlich verfolgt habe, könne er leicht zu der Meinung gelangen, als ob die Partei kein klares Ziel im Auge habe und verfolge, selbst bei Parteimitgliedern sei diese Meinung vertreten, dem sei jedoch bei genauer Betrachtung der Verhältnisse nicht so. Sich abseits stellen und „nein“ oder „ja“ sagen, sei leicht, jedoch mitregieren wollen und Einfluß auf die Politik haben, sei schwierig und ohne Opfer nicht durchführbar; die Gegenseite wurde zu ebenfolgenden Opfern veranlaßt. So wie der Schiffer nicht immer auf geradem Wege infolge von Untiefen, widrigen Strö-

mungen und Winden sein Ziel erreichen kann, genau so ergehe es der Partei. Das klare Ziel, zum Heile unseres Vaterlandes zu arbeiten, werde niemals vergessen!

Redner streifte dann die Außenpolitik und beleuchtete die Handlungsweise unserer Gegner. Trotz scheinbarer Erfolge stände Frankreich heute isoliert da und waffne sich mit solcher Heeres- und Flottenstärke scheinbar immer gegen Deutschland, in Wirklichkeit wohl aber gegen England. Frankreich muß hierzu Deutschland „klein“ machen und versucht es dadurch, daß es alle Abtrennungsversuche vom Reich unterstützt. England hat erkennen müssen, daß Deutschlands Wirtschaft nicht verschwunden ist in der Welt, ja daß durch den Friedensvertrag von Versailles Deutschlands Wirtschaft immer stärker wird. Auf der Konferenz in Genua wird neben andern auch die Weltwirtschaft geregelt, daß es nur auf Kosten Deutschlands geht, müsse uns klar sein. Amerika habe gar kein Interesse daran, uns zu helfen, es hilft so weit, wie es seine Interessen dadurch fördern kann.

Redner schloß mit der Hoffnung, daß das deutsche Volk im Glauben an sich selbst sich finden möge, um dann sich wieder bessere Tage zu verschaffen!

Den Ausführungen des Redners folgten die Versammelten sehr aufmerksam und stellten ihren Dank durch lebhaften Beifall ab.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitsche. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Bortländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma Otto E. Meise, Hamburg, Oele, Fette, Putzwolle und der Firma J. J. Glorius, Magdeburg, Farben und Lacke.



Automobile.
Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen
Fernruf 128

Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.

Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.

(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennbabor und Hansa.)

Erstklassige Wagen. Bestgechulte Packer. Ia Referenzen.



Vertreterbesuch und felle Transportkosten-Berechnung auf Wunsch.



Aug. Marx,
Wurst- und Fleischwarenfabrik,
Ernsdorf-Kreuztal. Fernruf. Nr. 18.
Maschinelle Kühlanlage im Hause.

NOH & BUCH
NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG
KESSEL-, DRUCKEN-, SCHIFF-, VERSEHR-
NIETEN GITTER-, BLECH- u. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

Treibriemen
Record - Rival - Reform
besser und billiger als Lederriemen
Unentbehrlich für sämtliche Betriebe
Ia Referenzen.
Cuno Juschka, Siegen i.W.

Bratt. Steiger
47 J., verh., seit 22 Jahren als Grubenbeamter in Erz- und Kali tätig, möchte sich zum 1. 4. verändern. Gute Zeugnisse und Ref. zu Diensten.
Gefl. Offerten unter P. L. 100 an die Geschäftsstelle des Beobachters.

BURBACHBETON

Bangesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Krombacher

Pille-
ner,



hell
und
dunkel

KROMBACHER
PILSENER

hergestellt aus nur Malz u. Hopfen
in Friedensstärke.

Vorteilhafte Bezugsquelle

für
Kurz-, Welt-, Woll- und Manufakturwaren
Alfons Reisenrath,
Weidenau-Sieg
(vorm. Helene Richter.)

Theob. Pfeiffer Nachf.

Siegen — Kölner Straße
unterhalten das größte Lager in
Herren- u. Knabenbekleidung
Lieferant feiner Maßbekleidung.

Ernst Giesler & Co. G.m.
b.H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

Achtung! Achtung!

Wir haben laufend aus eigener
Fabrikation abzugeben

Abt. I:

Flach-Patronen, alle Amp.,
Diensted-Patronen, alle Amp.,
Abzweigboxen,
Kullboxen,
Lüfterklemmen.

Abt. II:

Reparaturen an Bügeleisen, Heiz-
platten, Heizöfen usw.,
Renovierung von durchgebrannten
Sicherungen.

Abt. III:

Spezial-Abt. für Bandlängen und
Gebrauchsgeräte.

Firma Heinz Wurm

Abt. Metallwaren,
Marburger Tor 23, Seiteneingang.

Feine
Herrenschneiderei

Fr. Grübener

Siegen,
Marburger Strasse 3.
Teleph. 2019.

J. S. Kurth,
Kreuztal, Kreis Siegen.

Fernsprecher Nr. 21.

Baumaterialien u. Ia Karbid
in allen Körnungen.

Wäschehaus Franz Scharfger Siegen

bietet an:

Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.

Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Parteilbüro der D. V. P. Brüderweg 1.

Fenster-
Roh-
Draht-
Spiegel-
Zierglas, Flachglas jeder Art liefern

Glas

Denzer & Wurm G.m.b.H.

Fernruf Nr. 1433. Siegen i. W. Fernruf Nr. 1433.

Friedrich Müller
Uhren u. Goldwaren
Siegen, Bahnhofstr. 16.

Frau Hermann Siebertz
Ernsdorf - Kreuztal
Bismarckstraße 44.

Zigarren,
Zigaretten, Tabak,
» Pfeifen. «

Bohnbeutel

Grösste Leistungs-
fähigkeit
Sowie sämtliche von
Werken gebrauchte

Papierwaren

Papierw.-Fabrik
Wilh. Winkel, Berleburg.



J.G. Reichwald
G. m. b. H.
Siegen.

Ludwig Pfaff

Herren-Maßgeschäft,
Kreuztal,
Kreis Siegen,
Bismarckstraße 12.

Eine

Doppel Schrottkante

Büchsen- oder Drilling
(gebraucht), zu kaufen ge-
sucht.

Schriftl. Angebote an die
Geschäftsstelle der Deutschen
Vollspartei, Brüderweg 1.

LOUIS HEES : SIEGEN I. W.

Fernruf
272.

PANZERGELDSCHRANKEN : EFFEKTSCHRANKEN : SCHREIBMASCHINENSCHRANKEN
SAFES-ANLAGEN : TRESOR-ARMIERUNGEN : MAUERSCHRANKEN.
STÄNDIGES LAGER IN SCHRANKEN VERSCHIEDENSTER AUSFÜHRUNGEN : KATALOG POSTFREI.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59

Eisenbahn-Baugeschäft

Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Mauer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Sämtl. Pelzwaren
eigener Fabrikation

Hüte, Mützen,
Schirme.

Ankauf aller Pelz-
teile.

Pelzhaus Becker

Siegen

Fernruf 699. — Marburger Str. 10/12.

BARMER BANK-VEREIN

HINSBERG, FISCHER & COMP.,
SIEGEN

empfiehlt sich zur Ausführung aller bank-
mäßigen Geschäfte.

W. Harr, Siegen

Kornmarkt 10 — Fernsprecher 582

**Brot- und Feinbäckerei,
Kaffeewirtschaft.**

Hotel Patt Weidenau

(Haltestelle der Strassenbahn)

Erstes u. ältestes Haus am Platze

Gute u. billige Verpflegung.

Feldmann & Munker

G. m. b. H.

Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen

Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.

Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

C. W. VOGEL

G. m. b. H.

ROHRLEITUNGEN EISEN- U. BLECHWAREN- BLECHARBEITEN

BEHÄLTNER FABRIK GENIETET

DRUCKESSEL KESSELSCHMIEDE GESCHWEISST

KAMINE: SIEGEN I. W. ROH U. VERZINKT

W. H. Dickel

Sandstraße 41 Siegen Teleph. 1007

**Technische Bedarfsartikel
Gummi- u. Asbestfabrikate.**

Wilh. Hees G. m. b. H. **Siegen**

Automobile nur erster Fabrikate

Großes Lager in Auto-Zubehör u. Ersatzteilen,
Bereifungen, Brennstoff und Öle.

Reparatur-Werkstätten · Lackiererei · Polsterei.

» » » Fernsprecher 1566 und 847. « « «

Kaufe laufend größere Posten

Schrott u. Almetalle

aller Art, sowie

Stabeisen u. Bleche.

Wilhelm Ilse,

Eisengroßhandlung, Düsseldorf,

Filliale Siegen, Sandstraße 5.

Telephon Nr. 683.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für
den herrschaftlichen
u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER

Kornmarkt 12-16.

Julius Stahl Schmidt'sche Werke

G. m. b. H.

Kreuztal, Krs. Siegen

Lochanstalt

Kesselschmiede - Apparatebau

Blechscheißerei.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen

Rechenmaschinen

Vervielfältiger

und deren Zubehör.

Achtung!

Achtung!

**Wunder-Weber
„Heinzelmännchen“**

Ist wieder eingetroffen!

Der praktische Handapparat zum Stopfen u. Weben.
Unentbehrlich für jedermann!

Neuheit! D. R. G. M. Neuheit!

Verkauf u. Vorführung Marburger Tor 23.

Heinz Wurm, Siegen (Westf.)

Abtlg. Metallwaren.

Heinrich Oehl, Zigarrenspezialgeschäft

Marburger Straße 43.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern



Reparaturen

alter Ambosse.

Matrizenstahl.

Geschmiedetes la. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.

Schmiedestücke.